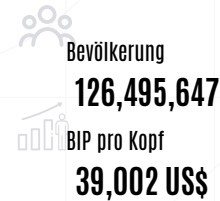
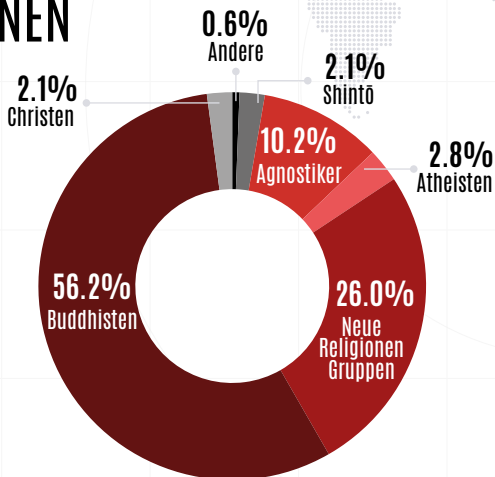




# JAPAN

## RELIGIONEN



## DIE GESETZESLAGE ZUR RELIGIONSFREIHEIT UND DIE TATSÄCHLICHE ANWENDUNG

Japan ist eine demokratische konstitutionelle Monarchie. Die freie Religionsausübung steht unter dem Schutz der Regierung, die in dieser Angelegenheit streng neutral ist. Die Achtung der Religionsfreiheit ist in der bestehenden Verfassung und Gesetzgebung verankert.

Die japanische Verfassung, die am 3. November 1946 verabschiedet wurde und am 3. Mai 1947 in Kraft trat, bekennt sich ausdrücklich zur Religionsfreiheit sowie zur Trennung von Staat und Religion. Artikel 20 besagt: „Allen Menschen wird Religionsfreiheit zugesichert. Keine Glaubensgemeinschaft wird vom Staat mit Sonderrechten ausgestattet oder übt irgendeine politische Macht aus. Niemand darf gezwungen werden, an religiösen Handlungen, Feiern, Bräuchen oder Praktiken teilzunehmen. Der Staat und seine Organe enthalten sich der religiösen Erziehung oder jeder anderen religiösen Betätigung.“ In Artikel 89 heißt es weiter: „Öffentliche Geldmittel oder anderes öffentliches Vermögen dürfen nicht zur Verwendung durch religiöse Einrichtungen oder Verbände, zu deren Gunsten oder Erhaltung und ebenso nicht für mildtätige, Bildungs- oder

Wohltätigkeitsorganisationen, die nicht der öffentlichen Aufsicht unterstehen, ausgegeben oder ihnen zur Verfügung gestellt werden.“<sup>1</sup>

Diese Artikel bieten einen umfassenden Schutz für die Religionsfreiheit in ihren verschiedenen Dimensionen, einschließlich der Freiheit zu glauben, nicht zu glauben, zu konvertieren, zu beten, zu organisieren und religiöse Überzeugungen zu verbreiten. Darüber hinaus ist damit eine strikte Trennung zwischen Staat und Religion verankert. Dieses Prinzip ist nicht besonders tief in der japanischen Geschichte oder Kultur verwurzelt. Nach dem zweiten Weltkrieg hatte sich allerdings unabhängig von Glaubensrichtungen die Auffassung durchgesetzt, dass die Vorkriegsallianz zwischen Shintoismus und Staat – auch als „Staats-Shintō“-Ideologie bezeichnet<sup>2</sup> – zum japanischen Imperialismus und Militarismus der 1930er und 1940er Jahre beigetragen hatte und dass die Trennung von Staat und Religion daher ein moralisches und politisches Gebot sei. Diese Auffassung prägte auch das Denken der Amerikaner, die während der alliierten Besatzung Japans (1945-1952) die ersten Entwürfe der späteren japanischen Verfassung entwickelten.<sup>3</sup>

Derzeit bezeichnen sich etwas mehr als 2 Prozent der

Japaner als Shintoisten, aber mehr als 80 Prozent nehmen an Shintō-Ritualen teil.<sup>4</sup> Angesichts dieser Situation hat sich die konservative Liberaldemokratische Partei (LDP), die Japan fast die gesamte Nachkriegsgeschichte über regiert hat, für eine Lockerung der Trennung von Religion und Staat ausgesprochen. Auf diese Weise soll eine staatliche Unterstützung bestimmter traditioneller Shintō-Schreine und -Zeremonien erleichtert werden.

Von besonderem Interesse für die LDP-Führung ist der Yasukuni-Schrein in Tokio. In dem Shintō-Schrein wird gefallenen japanischen Militärangehörigen gedacht<sup>5</sup>. Darüber hinaus sind in dem Schrein auch die Namen von mehr als tausend Kriegsverbrechern aufgelistet, die nach dem Zweiten Weltkrieg während der Tokioter Prozesse verurteilt und hingerichtet worden waren. Der Yasukuni-Schrein wurde 1869 zu Ehren gefallener kaiserlicher Soldaten errichtet. Im Seelenregister des Schreins sind über zwei Millionen japanische Soldaten und andere Personen aufgelistet, die zwischen 1868 und 1951 für den Kaiser ihr Leben ließen. Nach Ansicht der nationalistischen Führer der LDP verdient der Yakusuni-Schrein die Unterstützung der japanischen Regierung – nicht aus religiöser Überzeugung oder Frömmigkeit, sondern aufgrund des Brauchtums, bürgerlicher Rituale und patriotischer Gesinnung. Die LDP hält es darüber hinaus für legitim, dass der Staat auch andere shintoistische Rituale unterstützt, insbesondere solche mit Bezug zur kaiserlichen Nachfolge, da diese eher zivilgesellschaftlich als spirituell relevant seien.<sup>6</sup>

So hat die LDP bereits mehrfach eine Überarbeitung von Artikel 20 vorgeschlagen, mit der es der Regierung und Beamten erlaubt würde, „gesellschaftliche Zeremonien oder Bräuche“ auch dann zu unterstützen oder daran teilzunehmen, wenn sie möglicherweise religiösen Ursprungs sind. Buddhisten, Christen und praktisch alle anderen nicht-shintoistischen Glaubensgemeinschaften kritisierten die Bestrebungen, die Trennungsklausel aufzuweichen. Helen Hardacre, Autorin von „Religion and the Japanese Constitution“, merkte hierzu an: „Viele der heute in Japan aktiven Glaubensgemeinschaften wurden vor 1945 verfolgt, da ihre Lehren oder Praktiken angeblich eine Majestätsbeleidigung gegen den Kaiser oder den Shintoismus darstellten. Wenn die Rituale des Shintoismus nun wieder eine Rolle in der demokratischen Regierung spielen sollen, dürfte das gerade für diese Gemeinschaften höchst bedenklich sein.“<sup>7</sup> Die Trennung

von Staat und Religion ist also in Japan höchst umstritten, und so wird wohl auch die japanische Öffentlichkeit in dieser Frage auf absehbare Zeit tief gespalten bleiben.

## VORFÄLLE UND AKTUELLE ENTWICKLUNGEN

Im Jahr 2019 leistete die Regierung direkte finanzielle Unterstützung für drei shintoistische Rituale im Zusammenhang mit der kaiserlichen Nachfolge. Die Regierung verteidigte ihre Entscheidung mit dem Argument, dass die Rituale zwar auch ein religiöses Element enthielten, die Unterstützung kaiserlicher Nachfolgeberemonien jedoch durch die Verfassung erlaubt sei. Christen, Buddhisten und andere Kritiker verurteilten diese Finanzierung als Verletzung der verfassungsmäßigen Trennung von Religion und Staat. Der oberste Gerichtshof von Tokio wies schließlich im Februar 2019 „eine Klage gegen die Verwendung staatlicher Mittel ab, allerdings war zum Jahresende noch eine weitere, ähnliche Klage anhängig.“<sup>8</sup>

Während in anderen Ländern Asiens das Ausmaß religiöser Verfolgung zunimmt, ist Japan zu einem gewissen Grad toleranter geworden – insbesondere gegenüber dem Islam, nachdem es in den letzten Jahren einen Zustrom von Muslimen gab. Die bevorstehenden Olympischen Spiele (ursprünglich für 2020 geplant, wegen der Covid-19-Pandemie aber auf 2021 verschoben) sowie die steigenden Zahlen von Touristen aus muslimischen Ländern haben in Japan „das Bewusstsein geschärft, dass man für diese Besucher ein muslimfreundliches Umfeld schaffen müsse“.<sup>9</sup> Hierzu gehören etwa gut sichtbare Halal-Zertifizierungssiegel in Restaurantfenstern.<sup>10</sup>

Zu den Muslimen, die in letzter Zeit nach Japan gekommen sind, gehört auch die Bevölkerungsgruppe der Uiguren<sup>11</sup>, die vor Verfolgung aus der chinesischen Region Xinjiang geflohen sind. Die Uiguren werden selbst in Japan weiter durch chinesische Geheimdienstagenten überwacht. Diese versuchen, sie einzuschüchtern und Informationen von ihnen zu erhalten. Erwähnenswert ist hier der Fall eines in Japan lebenden Uiguren, der „von einem Mann kontaktiert wurde, den er nie zuvor getroffen hatte [ . . . ]. Der Mann behauptete, zu einer Regierungsorganisation zu gehören, und sagte [ihm]: ‚China wird immer Ihr Mutterland sein. Ich möchte Ihr Freund sein und würde mit Ihnen gern über viele Themen sprechen‘. Daraufhin bedrängte er [ihn], Informationen über die Aktivitäten der Uiguren-Verbände in Japan preiszugeben und sagte, er würde mit ihm in Kon-

takt bleiben.“<sup>12</sup> Laut Amnesty International werden viele im Ausland lebende Uiguren auf ähnliche Weise durch chinesische Behörden unter Druck gesetzt. Wie die in London ansässige Menschenrechtsorganisation in einem Bericht vom Februar 2020 schreibt, versuchen chinesische Sicherheitsbeamte „auf aggressive Weise [ . . . ], Informanten zu werben, die ihnen helfen sollen, andere Angehörige der uigurischen Gemeinden im Ausland auszuspionieren.“<sup>13</sup>

Japan gehörte zu den 39 Unterzeichnerstaaten, die China am 6. Oktober 2020 aufforderten „die Menschenrechte der Minderheit der Uiguren zu respektieren.“ Die Unterzeichnenden verlangten von China, „unabhängigen Beobachtern wie der UNO-Hochkommissarin für Menschenrechte sofortigen, angemessenen und ungehinderten Zugang nach Xinjiang zu gewähren.“<sup>14</sup>

Vom 23. bis 26. November 2019 besuchte Papst Franziskus Japan. Letztmalig hatte Papst Johannes Paul II. das Land im Jahr 1981 bereist, daher wurden große Erwartungen an den Besuch geknüpft. Francesca Regalado schrieb in einem Bericht: „Auch wenn Katholiken nur 1 % der japanischen Bevölkerung ausmachen, ist im Land in den letzten Jahrzehnten eine vielfältige Diaspora von Katholiken und Angehörigen anderer christlicher Konfessionen gewachsen. Gläubige aus den benachbarten Philippinen und aus westlichen Ländern strömen in die Kirchen von Tokio. Auch Einwanderer und Geflüchtete aus China, Südostasien, Afrika und dem Nahen Osten haben in Japan einen sicheren Hafen gefunden, wo sie ihren christlichen Glauben leben können.“<sup>15</sup> Ein Thema des Papstbesuches war der Schutz der Würde aller Menschen. Der Papst wurde von japanischen Bürgern jeglicher Herkunft offen und freundlich empfangen.<sup>16</sup>

Im Hinblick auf die Verfolgung der vorwiegend muslimisch geprägten Rohingya-Minderheit in Myanmar bezieht die japanische Regierung bislang nicht eindeutig Position. Zwar bekennt sich Japan grundsätzlich zur Religionsfreiheit und hat rund 300 muslimische Geflüchtete der Rohingya aufgenommen.<sup>17</sup> Gleichzeitig erklärte der japanische Botschafter in Myanmar, Ichiro Murayama, dass er zwar nicht ausschließen könne, dass es „bei den Zusammenstößen zwischen Militär und der ARSA (Arakan Rohingya Salvation Army) im Rakhaing-Staat zu Menschenrechtsverletzungen gekommen“ sei, er aber nicht glaube, „... dass die Tatmadaw [Streitkräfte von Myanmar] einen Genozid verübt haben oder [dies beabsichtigten].“ Darüber hinaus glaube er nicht, „dass das Militär vorhatte, alle muslimischen Einwohner im Rakhain-Staat zu töten.“<sup>18</sup> Ja-

pan war zudem das erste Land, das seine Unterstützung für Myanmar zum Ausdruck brachte, nachdem Gambia am 11. November 2019 beim Internationalen Gerichtshof Maßnahmen zum Schutz der Rohingya-Muslime gefordert hatte.<sup>19</sup> Am 23. Januar 2020 verhängte der Internationale Gerichtshof in Den Haag vorläufige Notmaßnahmen gegen das Land und wies „die Regierung von Aung San Suu Kyi an, die Anforderungen der Völkermordkonvention von 1948 zu respektieren.“<sup>20</sup>

## PERSPEKTIVEN FÜR DIE RELIGIONSFREIHEIT

Die anhaltenden Bemühungen der regierenden Liberaldemokratischen Partei, die verfassungsmäßig verankerte Trennung von Religion und Staat aufzuweichen, werden in Japan kontrovers debattiert. Dennoch gibt es keine Anhaltspunkte, dass sich die positive Einstellung des Landes im Hinblick auf die Religionsfreiheit in absehbarer Zeit signifikant ändern wird.

## ENDNOTEN / QUELLEN

- 1 Japan 1946, Constitute Project, [https://www.constituteproject.org/constitution/Japan\\_1946?lang=en](https://www.constituteproject.org/constitution/Japan_1946?lang=en) (abgerufen am 29. Oktober 2020).
- 2 „State Shintō“, Encyclopaedia Britannica, <https://www.britannica.com/topic/State-Shinto> (abgerufen am 17. Januar 2021).
- 3 Helen Hardacre, „Religion and the Japanese Constitution“, in Asli Bâli and Hanna Lerner, Editors, *Constitution writing, religion and democracy* (Cambridge, UK: Cambridge University Press, 2017), S. 49-73.
- 4 Saki Yoshida, „Shintoism: How it Influenced the Lives of the Japanese“, Taiken Japan, 7. Oktober 2017, <https://taiken.co/single/shintoism-how-it-influenced-the-lives-of-the-japanese/>; „Is Shinto a religion?“ BBC Religion, 30. Oktober 2009, <https://www.bbc.co.uk/religion/religions/shinto/beliefs/religion.shtml> (abgerufen am 17. Januar 2021).
- 5 Auch Koreaner und Taiwanesen, die als Soldaten an der Seite Japans kämpften, sowie Zivilisten, die bei kriegerischen Aktivitäten starben, werden in dem Schrein verehrt. Siehe „History“, Yakusuni Jinja, <https://www.yasukuni.or.jp/english/about/history.html> (abgerufen am 17. Januar 2021).
- 6 Helen Hardacre, op. cit.
- 7 ebd.
- 8 Office of International Religious Freedom des US-Außenministeriums, Internationaler Bericht zur Religionsfreiheit von 2019 – „Japan“, <https://www.state.gov/reports/2019-report-on-international-religious-freedom/japan/> (abgerufen am 29. Oktober 2020).
- 9 Ōtsuka Tomohiko, „Giving Muslim visitors a place at Japan’s Tables“, Nippon.com, 15. Februar 2019, <https://www.nippon.com/en/guide-to-japan/gu900071/giving-muslim-visitors-a-place-at-japan%E2%80%99s-tables.html#> (abgerufen am 29. Oktober 2020).
- 10 ebd.
- 11 Alternative Schreibweisen: Uighuren, Uyghuren.
- 12 Takamura Keiichi, „Far from China, Uighurs abroad still feel pressure“ NHK World, 29. Juli 2020, <https://www3.nhk.or.jp/nhkworld/en/news/backstories/1222/> (abgerufen am 19. Oktober 2020).
- 13 „Uyghurs tell of China-led intimidation campaign abroad“, Amnesty International, Februar 2020, <https://www.amnesty.org/en/latest/research/2020/02/china-uyghurs-abroad-living-in-fear/> (abgerufen am 29. Oktober 2020).
- 14 „Japan among 39 nations calling on China to respect Uighur human rights“, The Japan Times, 7. Oktober 2020, <https://www.japantimes.co.jp/news/2020/10/07/asia-pacific/china-human-rights/> (abgerufen am 29. Oktober 2020).
- 15 Francesca Regalado, „Pope Francis’ Japan visit spotlights a safe haven for Catholics“, Nikkei Asian Review, <https://asia.nikkei.com/Spotlight/Asia-Insight/Pope-Francis-Japan-visit-spotlights-a-safe-haven-for-Catholics> (abgerufen am 29. Oktober 2020).
- 16 ebd.
- 17 „Rohingya youths form football team in Japan, appeal for peace“, Kyodo News, 5. Oktober 2019, <https://english.kyodonews.net/news/2019/10/2d3dd512ad0a-rohingya-youths-form-soccer-team-in-japan-appeal-for-peace.html> (abgerufen am 29. Oktober 2020).
- 18 Nan Lwin, „Japan Backs Myanmar’s claim that no genocide occurred in Rakhine State“, The Irrawaddy, 27. Dezember 2019, <https://www.irrawaddy.com/news/burma/japan-backs-myanmars-claim-no-genocide-occurred-rakhine-state.html> (abgerufen am 29. Oktober 2020).
- 19 ebd.
- 20 „UN’s top court orders Myanmar to protect Rohingya from genocide“, The Guardian, 23. Januar 2020; <https://www.theguardian.com/world/2020/jan/23/international-court-to-rule-on-rohingya-genocide-safeguards>